Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Förderberatung
Unternehmenskunden
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt die Gewährung eines Zuschusses aus dem

BERATUNGSHILFEPROGRAMM FÜR UNTERNEHMEN

gemäß der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen durch kleine und mittlere Unternehmen in Sachsen-Anhalt

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Gründungsdatum

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Branche/Tätigkeitsbereich

Vorsteuerabzugsberechtigt? ☐ Ja ☐ Nein ☐ teilweise mit ☐ %

Rechtsform

☐ OHG ☐ GbR ☐ KG ☐ GmbH ☐ AG ☐ Körperschaft ö. R.

☐ Verein ☐ Sonstige

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

2.3 Beratungsinhalt

Geplant ist die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen entsprechend der Ziff. 1 und 2 der Anlage 1 „Beratungsinhalte und Beratungsplan“ dieses Antrages

2.4 geplanter Umfang und zeitliche Dauer des Vorhabens

Beginn des Vorhabens Tag/Monat/Jahr

Geplantes Ende des Vorhabens Tag/Monat/Jahr

2.5 Wurde bereits Kontakt zu einem Berater aufgenommen, der für die Durchführung der Beratung präferiert wird?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja: Bitte nachfolgend Kontaktdaten des Beraters angeben.

Name, Vorname/Firma der/des Berater(in)/s	
Ansprechpartner(in)	E-Mail
Straße, Hausnummer	Vorwahl/Rufnummer
PLZ / Ort	ggf. Ortsteil

2.6 Ziele des Vorhabens (Indikatoren)

Arbeitsplätze (Anzahl der beschäftigten Personen einschließlich Antragsteller)

Zum Antragszeitpunkt:	Insgesamt*	davon:	Frauen
Unter Berücksichtigung des Vorhabens:	Insgesamt*	davon:	Frauen

*bitte Teilzeitarbeitsplätze in Vollzeitarbeitsplätze umrechnen

3. ANGABEN ZU BEREITS REALISIERTEN BERATUNGSLEISTUNGEN

Hat Ihr Unternehmen in den letzten zwei Jahren bereits Zuwendungen aus Beratungsprogrammen* des Bundes oder Landes erhalten?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja:

Thema der Beratung
Förderprogramm
Fördereinrichtung/Projektträger

Bewilligung vom Tag/Monat/Jahr

Hinweis:
***** Nennen Sie bitte die bisher erhaltenen geförderten Beratungsleistungen und welche Einrichtung die Bewilligung ausgesprochen hat (z.B. zur Thematik: KfW-Gründercoaching, Beratungen zur Erschließung ausländischer Märkte der Industrie- und Handelskammern/Handwerkskammern, Beratung im Rahmen des Bundesprogramms „unternehmensWert: Mensch“ oder der Landesinitiative „Fachkräfte im Fokus“ usw.).

4. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

4.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

geplantes Beraterhonorar	Netto	Brutto

Hinweis:
Gemäß Ziffer 5.5. der Richtlinie (RdER. des MW 2018-32-32322/18 vom 31.08.2018 (Änderung der Rili vom 10.11.2015)) sind maximal 12.000 Euro Nettoberaterhonorar förderfähig, wobei das maximal geförderte Honorar pro Tagewerk wird auf 1 600 Euro begrenzt wird.

4.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel (bitte bezeichnen)	
Beantragte Zuwendung	
Fremdmittel	
Weitere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	
Summe der Finanzierungsmittel	0,00

5. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

6. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

a) Mir/uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen durch kleine und mittlere Unternehmen in Sachsen-Anhalt und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung
   - die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)

   sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P werden anerkannt.

b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich wir noch nicht begonnen und werden auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsvertrages beginnen, es sei denn, ich/wir erhalten auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn. Mir/uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.

c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.

d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

e) Ich/Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.

f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.

g) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.

h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 4.2 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
   Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.

j) Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, die Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu beachten.

k) Bei der Realisierung des beantragten Vorhabens werden die hierfür geltenden Vorschriften des Umweltrechts der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt eingehalten, sofern geschützte Umweltmedien von dem Vorhaben betroffen sind (z. B. durch Emissionen in Luft, Wasser, Boden, Lärm, Abfall). Es wird sichergestellt, dass negative Umweltwirkungen durch das Vorhaben entsprechend den aktuellen Umweltstandards so gering wie möglich gehalten werden.

l) Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.

m) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

n) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.

o) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).

p) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs –gilt nur bei Betrieben und Unternehmen**
Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2.1 bis 2.6, 3., 4.1, 4.2 und 6. a) bis k) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß Unterlagencheckliste Ziffern 2., 3., 4., 5 und 8. beizufügenden Unterlagen sowie die Angaben in der mit diesem Antrag abgegebenen KMU-Erklärung bzw. in der KMU-Erklärung vom

Tag/Monat/Jahr	abgegeben für eine Förderung aus dem Programm

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

7. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

7.1 Publikation

Im Falle der Bewilligung erkläre(n) ich mich/wir uns damit einverstanden, dass mein/unser Vorhaben mit Vorhabens relevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird..

7.2 Werbeeinverständnis

Die IB kann Sie maßgeschneidert beraten und Informationen individuell auf Sie abstimmen. Bei Start und Änderungen von Förderprogrammen können wir Sie benachrichtigen. Alle Neuheiten der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erfahren Sie exklusiv – wenn Sie der diesbezüglichen Nutzung Ihrer Daten zustimmen. Die Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.
Hinweis: Wenn Sie nicht einwilligen oder eine Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte Förderung aus. Wir können Ihre Daten dann im jeweils gesetzlich zulässigen Umfang verarbeiten (z. B. zur Vertragserfüllung im Kreditgeschäft). Auch anderweitige Einwilligungen und Vereinbarungen mit uns oder Dritten werden hiervon nicht berührt.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person
Ich/Wir möchte(n) individuell und möglichst passgenau beraten, betreut und über Produkte der IB informiert werden. Deshalb bin ich/sind wir einverstanden, dass die IB folgende Daten über mich/uns verknüpft, gemeinsam auswertet und verwendet:
1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich möglichst passgenau, z. B. über für mich geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ Ja, ich/wir bin/sind einverstanden mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken.

b) Einwilligung in Werbemaßnahmen der IB
Ich/Wir Ich/wir erkläre(n) mich/uns widerruflich damit einverstanden, dass die Investitionsbank Sachsen-Anhalt die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ per Post ☐ telefonisch ☐ per E-Mail

7.3 Hinweise zur Datennutzung

Soweit im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist, ist für jede betroffene natürliche Person die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ auszufüllen und zu unterschreiben.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	